Der Deutsche Correspondent.
Baltimore, 3. April 1874.

Verhandlungen der Staatsgesetzgebung.

Annapolis, den 27. März.

Senat.

Die Baltimorer Polizei-Bill.

Hr. Blake rief die Joyce'sche Unterhaus-Bill zur Amendirung des 287. Capitels von 1870 über die Baltimorer Polizeimannschaft auf; sie war mit Amendements einberichtet worden, denen der Senat zustimmte, worauf er die Bill mit 16 gegen 0 Stimme annahm. Sie erhöht den Wochengehalt der Capitäne auf $30 und fixirt die Salaire des Ober-Geheimpolizisten und des Sekretärs des Marschalls auf $1200 jährlich.

Die Diäten des Baltimorer Scheriffs für Anwesenheit in einem der städtischen Gerichtshöfe setzt eine Senatsbill auf $4 fest; man gab ihr die zweite Lesung und verfügte Behufs der dritten ihre Reinschrift.

Die permanente Wasserleitung aus dem Gunpowder.

Auf Hrn. Stevens' Antrag wurde die Unterhaus-Bill, welche Baltimore zum Ausgeben von Obligationen in Höhe von $4,000,000 zur Herstellung einer permanenten Wasserleitung aus dem Gunpowder ermächtigt, Behufs dritter Lesung vorgenommen.

Hr. Davis nannte diese Bill eine für seine Mandanten (in Baltimore-County) höchst wichtige Vorlage und offerirte zu ihrem ersten Abschnitte folgendes Amendement:

„Der Mayor und Stadtrath von Baltimore werden andurch ermächtigt und angehalten, die nahe den Hauptröhren und Canälen wohnenden Einwohner von Baltimore-County unter denselben Bedingungen und Raten, wie die Baltimorer, mit Wasser zu versorgen" u. s. w. Der Rest des Amendements schreibt die gleichmäßige Umlage der Wassersteuer für Stadt und County, die Art und Weise ihrer Eintreibung, die Anstellung von Polizei zum Schutze der Wasserleitung, die Strafen für deren Beschädigung oder Besudelung vor.

Hr. Blake erklärte sich für einen Gegner der Bill, da der jetzt in Errichtung begriffene interimistische Gunpowder-Aquädukt allen Bedürfnissen entspreche. Der Redner erklärte aber zugleich, auch dem Davis'schen Amendement seine Unterstützung versagen zu müssen.

Hr. Stevens hielt das Amendement für überflüssig und unvernünftig; wünschen die Landbewohner Wasser, so würde man sie unter angemessenen Bedingungen auch damit versorgen.

Hr. Davis entgegnete, er wolle seinen Mandanten nur ihre natürlichen Rechte sichern, deren die Bill sie zu berauben suche, welche Behauptung er durch die Gesetzgebungs-Erlasse von 1808 und 1853 für Errichtung einer Wasserleitung in Baltimore, sowie durch Hinweis auf die vorliegende Bill zu begründen versuchte. Wolle die Gesetzgebung eine Privat-Körperschaft ermächtigen, daß sie eine Commune beraube, ihr das Wasser ableite und ihre Ländereien austrockne? Die Stadt Baltimore habe bekanntlich die Privilegien der Wasserleitungs-Compagnie übernommen. Auch verfassungswidrig sei die Bill, weil sie die Stadtverordnung, auf die sie basire, nicht anführe.

Hr. Stevens bemerkte, er wolle die Angelegenheit ohne alle Argumente dem gesunden Sinne des Senates unterbreiten; der Gunpowder sei ein großer Fluß, aus dem die Stadt mittelst einer Röhre Wasser nach Baltimore zu führen beabsichtige; dadurch würde auch nicht eine Quelle im County versiegen, aber jedes von der Stadt erlangte Privilegium gut bezahlt werden.

Hr. Claggett frug Hrn. Davis, wenn sein Amendement bereits den Baltimorer Stadtgesetzen, wie er vorgelesen habe, einverleibt sei, wozu bedürfe es dann seiner Wiederholung in der Bill?

Hr. Davis entgegnete, die betreffende Klausel beziehe sich auf Jones' Fälle; er möchte sie auch auf den Gunpowder angewandt sehen.

Hr. Stevens bat die Senatoren, der Bill durch keinen derartigen Zusatz Etwas in den Weg zu legen; das County werde mit allem Wasser, das es verlange, versorgt werden; zudem liege dem Unterhause bereits eine darauf bezügliche Bill vor. Hoffentlich werde die Senats-Bill in der ihr vom Comite gegebenen Gestalt passiren.

Schließlich fiel das Davis'sche Amendement mit 1 (Hrn. Davis') gegen 18 Stimmen durch.

Sofort rückte Hr. Davis mit einem zweiten, dem ersten bis auf einen Punkt gleichen Amendement wieder vor; es ließ die Beschränkung der Umlegung der Wasserabgabe auf Gebäude innerhalb 300 Fuß von Röhren aus. Auch dieses ging den Weg des anderen Amendements.

Die Bill wurde dann mit 18 gegen 3 (Blake, Brewer und Davis) Stimmen angenommen.

Die Revenüe-Bill.

Im Namen des Finanz-Ausschusses gab Hr. Earle die Unterhaus-Bill zur Amendirung der Revenüe-Bill zurück; die Bill sei erst am 25. März in den Besitz des Comite's gelangt und will unter Anderem eine Zusammenstellung der Staats-Steuergesetze umfassen; es sei daher gründliche und sorgfältige Erwägung des Gegenstandes dringend geboten, welche aber in dieser Sitzung nicht möglich sei, weshalb das Comite um Enthebung von fernerer Erwägung der Bill nachsuche; der Gouverneur werde dann die Gesetzgebung in der nächsten Sitzung auf die Vorlage wieder aufmerksam machen.

Der Bericht fand Annahme, das Gesuch des Comite's wurde gewährt, und die Bill somit beseitigt.

Die „Nördliche Centralbahn" und ihre Steuerverweigerung.

Bekanntlich schwebt im Baltimorer Superior-Gerichte ein Prozeß des Staates gegen die „Nördliche Centralbahn-Gesellschaft," um diese zur Bezahlung der Staatssteuer auf ihre Brutto-Einnahmen zu zwingen; die Gesellschaft verschanzt sich bei ihrer Weigerung hinter eine angebliche Klausel in ihrem Freibriefe, welche ihre in Händen der Aktionäre befindlichen Aktien von der Steuer enthebt, weshalb die Verklagte all' ihr Eigenthum für steuerfrei erklärt. Da es nun, weil weitere ähnliche Prozesse zu erwarten stehen, für den Staat wichtig ist, eine richtige gerichtliche Entscheidung zu erlangen, und die Verklagte tüchtige Anwälte engagirt hat, so beantragte Hr. Fields einen Beschluß, wornach der Staatsschatz-Controleur in dem Prozesse den General-Staatsanwalt zu Hülfe nehmen und der Gouverneur auf Jenes' Aufforderung noch einen Anwalt, dessen Honorar die nächste Gesetzgebung bestimmen soll, anstellen kann.

Der Beschluß wurde zum ersten Male verlesen.

Die Wucherbill.

Auf der besonderen Tagesordnung stand die Wucherbill des Hrn. Stevens zur Erhöhung des Zinsfußes.

Der Fields'sche Antrag, sie auf unbestimmte Zeit zurückzulegen, ward mit 8 gegen 10 Stimmen verworfen.

Hr. Williams las ein Substitut vor, das er zu geeigneter Zeit offeriren wolle; es fixirt den gesetzlichen Zinsfuß auf 6 Prozent und gestattet bei schriftlichen Contrakten 7 3/10 Prozent.

Hr. Steiner eiferte in längerer Rede gegen die Bill, worin er den Vorkämpfern für Abschaffung aller Wuchergesetze drei irrige Standpunkte nachzuweisen suchte; das Verlangen nach einer Aenderung des Gesetzes komme nicht von Geldbedürftigen, sondern von Capitalisten und den incorporirten Banken; weil die Wuchergesetze umgangen werden, deshalb brauchten sie nicht abgeschafft zu werden, da es kein menschliches oder göttliches Gesetz gebe, das nicht umgangen werde; dann müßten auch die zehn Gebote abgeschafft werden. Der Redner citirte zur Unterstützung seiner Ansichten eine Stelle aus Bowen's Vollswirthschaftslehre Seite 249 und führte Virginien's Beispiel an, das zu seinen Wuchergesetzen wieder habe greifen müssen, nachdem sich an ihm Genua's Erfahrungen beinahe wiederholt hätten.

Zuerst wurde über das Phelps'sche Amendement, die Maximal-Zinsenrate bei schriftlichem Abkommen auf 10 Prozent zu fixiren, abgestimmt, und es mit 7 gegen 11 Stimmen verworfen. Gleiches Schicksal hatte ein Amendement, wornach der gesetzliche Zinsfuß 6 Prozent betragen soll, es sei denn, daß schriftlich anders ausbedungen wird.

Hr. Williams brachte jetzt obiges Amendement (6 Prozent, schriftlich höchstens 7¾ Prozent) ein.

Hr. Tuck wollte gar keine Aenderung am jetzigen Gesetze.

Hr. Billingsley wollte nie höher, als 6 Prozent gehen; seine Mandanten könnten nicht mehr bezahlen. Nach weiterem Geplänkel setzte Hr. Fields seinen Antrag, die Bill auf unbestimmte Zeit zurückzulegen, mit 13 gegen 5 Stimmen durch.

Abend-Sitzung.

Annahme von Senats-Bills.

30 Polizisten in Baltimore County anzustellen; Baltimore zum Nehmen von Aktien der „Drumpointer Bahn" zu ermächtigen; Fuchstödter in Prince George's County zu belohnen.

Unterhaus.

Die Besteuerungs-Abschätzung.

Die Haus-Bill, welche die Abschätzung und Besteuerung von Eigenthum im Staate verfügt, wurde aufgenommen und lag zur zweiten Lesung vor.

Der 5. Abschnitt verlangt die Ernennung von 5 Personen durch den Gouverneur, welche in Gemeinschaft mit dem Controleur und Schatzmeister als eine Commission für Controle und Aufsicht fungiren sollen. Statt Dessen wurde ein Amendement eingefügt, nach welchem die County-Commissäre und das Steuer-Appellationsgericht von Baltimore als Aufsichtsbehörde zu fungiren haben.

Die Besteuerungs-Bill wurde abschnittsweise verlesen und dann zur Reinschrift und dritten Lesung beordert.

Die Haus-Bill, welche verfügt, Conzessionen an Telegraph-, Expreß- und Transport-Compagnie'n auszugeben, wurde aufgenommen und passirte mit 59 gegen 1 Stimme.

Die Abstimmung, durch welche vor einigen Tagen Groh's Einwanderungs-Bill verworfen wurde, ist wieder in Betracht gezogen worden.

Die Registrirungs-Bill des Hrn. Hart wurde sodann aufgenommen.

Annapolis, 28 März.

Senat.

Der Präsident legte dem Senate eine **Mittheilung des Staats-Controleurs** folgenden Inhalts vor: „Meine Herren! Der Bericht des Finanz-Comite's, welches der weiteren Berathung der Revenue-Bill des Hauses überhoben zu sein wünschte und die Annahme dieses Berichtes durch den Senat machen es nothwendig, daß ich Ihnen eine Darstellung der Finanzlage gebe, damit Sie sehen, was nothwendig ist, im Falle die Maßregel verworfen werden sollte. Der Zweck der Bill ist, die Steuerbasis zu erweitern, indem ein großer Theil des Kapitals und Personal-Eigenthums der Bürger, welches bisher von der Besteuerung frei war, derselben unterworfen wird, um auf diese Weise die Last auszugleichen. Die Annahme der Revenue-Bill würde diese Wirkung gehabt haben und die Voranschläge sind unter der Voraussetzung gemacht, daß sie passiren werde. Man wird sich erinnern, daß das Gesetz, welches die direkte Besteuerung vorschreibt, von der Gesetzgebung von 1872 widerrufen, was die Einkünfte des Staates um $125,000 verminderte. In jener Gesetzgebung wurde jedoch eine Bewilligung von $50,000 für Negerschulen gemacht, ohne daß gleichzeitig eine Steuer umgelegt worden wäre, um diesen Betrag zu decken, so daß derselbe aus der Staatskasse fließen mußte; auf diese Weise entstand eine Differenz von jährlich $175,000 während der letzten zwei Jahre.

Da die Staats-Einkünfte vor Aufhebung der direkten Steuern kaum genügten, die laufenden Ausgaben zu decken, machten sich die Verluste, welche auf diese Weise entstanden, stark fühlbar; es würde noch weit schlimmer geworden sein, hätten sich nicht einige der in jener Sitzung angenommenen Revenue-Maßregeln so vortrefflich bewährt.

Die auf Erwartungen von Steuern, welche den Kohlenbergwerk-Compagnie'n, den Eisenbahn-Compagnie'n und anderen Corporationen auferlegt waren, basirten Voranschläge haben Nichts ergeben, denn es wurden keine geeigneten Maßregeln getroffen, um jene mächtigen Compagnie'n zur Steuerzahlung zu zwingen und dieselben haben es bisher verstanden, jede Steuer erfolgreich abzuschütteln.

Alle diese Umstände machen es nothwendig, daß, wenn die Steuerbasis nicht erweitert werden sollte, die Auflage auf der gegenwärtigen Basis bedeutend erhöht werde, um den Anforderungen des Schatzamtes zu entsprechen. Große Verwilligungen zu verschiedenen Zwecken sind unter Berathung und werden wahrscheinlich angenommen werden; wenn jedoch nicht gleichzeitig die Mittel zur Zahlung verfügt werden, ehe diese Gesetzgebung sich vertagt, so wird eine Extrasitzung unvermeidlich sein.

Wenn deshalb der Senat dagegen ist, das Eigenthum des Staates, welches bisher frei ausgegangen ist, zu besteuern, so wird, um das Defizit zu decken, eine Erhöhung der Besteuerung nothwendig.

Ein Vorschlag liegt vor, die Verwilligung für Negerschulen auf $100,000 zu erhöhen, ferner liegen große Verwilligungen für verschiedene Wohlthätigkeits-Institute vor, wenn die Summen nicht gleichzeitig bestimmt und vorgesehen werden, so ist ein Steueraufschlag von wenigstens 4 Cts. auf je $100 unvermeidlich.

Da dieses der Fall ist, so fühle ich mich dem Volke welches mich erwählte, um seine Finanzangelegenheiten zu beaufsichtigen, verpflichtet, dem Senate in dieser Mittheilung eine genaue Darlegung der Sachlage zu geben.

Die Revenue-Bill wurde der Gesetzgebung am 22. Januar unterbreitet. Da sie mit großer Sorgfalt entworfen worden war, so nahm das Delegatenhaus dieselbe auf Empfehlung des Comite's für Mittel und Wege mit nur geringer Aenderung an; das Finanz-Comite des Senates hat sich geweigert, die Bill in Berathung zu ziehen. Ich muß dieses sehr bedauern. Gleichzeitig hoffe ich, daß mir der Senat Gelegenheit gibt, mich mit ihm über die Sache zu verständigen.

Ich mache speziell darauf aufmerksam, daß, im Falle man den Theil der Bill über Nationalbanken nicht zum Gesetze erhebt, diese Institute fortfahren werden, sich auch während der nächsten zwei Jahre der Besteuerung zu entziehen.

In Anbetracht aller dieser Umstände hielt ich es für meine Pflicht, Ihnen diese Ansichten zu unterbreiten, und überlasse die Verantwortlichkeit der Gesetzgebung, die nothwendigen Schritte zu thun, welche in Anbetracht der Finanzlage erforderlich sind. Ich verbleibe pp.

Levin Woolford,
Schatzamts-Controleur."

Dieses Schreiben wurde verlesen und an das Finanz-Comite verwiesen.

Senator Earle sagte, es sei dem Finanz-Comite in Anbetracht der zahlreichen Vorlagen unmöglich gewesen, die Bill genau zu prüfen; dasselbe hätte sie einfach ohne Weiteres einberichten können, es habe es aber, es müßte die Verantwortlichkeit von sich abwälzen. Der Senator kritisirte das Verfahren des Controleurs sehr scharf und hatte infolge Dessen einen hitzigen Wortwechsel mit Senator [illegible].

Die Getraide-Verwiegung.

Die Haus-Bill des Hrn. Seth, welche den Gouverneur ermächtigt, Getraide-Wägemeister anzustellen, wurde vom Finanz-Comite ungünstig einberichtet, und die Bill wurde an das Haus zurückgeschickt.

Besteuerung der Banken.

Hr. Earle vom Finanz-Comite berichtete günstig über eine Bill, den Abschn. 185 des Cap. 172, betitelt „Revenuen und Steuern," so umzugestalten, daß die Nationalbanken, welche Geschäfte in diesem Staate machen, besteuert werden. Die Bill wurde zum ersten Male verlesen.

Hr. Stevens rief die Bill auf, Absch. 7, Art. 21 der Allgem. Staatsgesetze zu amendiren, daß jede Bank eine Steuer von 20 Cents auf je $100 ihrer cirkulirenden Noten zum Besten des Schulfonds zahlen muß. Ein Amendement wurde angenommen, daß alle Banken, welche unter den Gesetzen des Staates incorporirt sind, allen Steuern unterworfen sein sollen, welche zu Staats- oder Munizipalzwecken umgelegt werden.

Folgende Senats-Bills wurden günstig einberichtet und zum

ersten Male verlesen:

Dem P. W. Crain $50 zurückzuerstatten; die Staats-, County- und Munizipal-Beamten zu verhindern, die ihnen anvertrauten öffentlichen Gelder zu Privatzwecken zu mißbrauchen; dem J. S. Franklin, Schreiber des Appellationsgerichtes, $942.05 Gebühren zu zahlen; das Eigenthum jeder Eisenbahn im Staate zu County- oder Munizipalzwecken zu besteuern.

Der projektirte Schiffscanal.

Der Senat nahm als Spezial-Order die Bill auf, eine Vermessung vornehmen zu lassen, um die beste Route für einen Schiffscanal zur Verbindung der Chesapeake- und Delaware-Bai zu vermessen und $20,000 für diesen Zweck zu verwilligen.

Hr. Earle hielt eine längere Rede zur Unterstützung dieser Bill; er zeigte, daß ein solches Werk absolut nothwendig sei für den Aufschwung des Baltimorer Handels. Dem Congresse habe eine solche Maßregel vorgelegen, dieselbe sei jedoch verworfen worden; er glaube, daß die „Pa. Central-Bahn" ihren Fuß darauf gesetzt habe. Hr. Stevens unterstützte die Bill gleichfalls, worauf dieselbe zur Reinschrift und dritten Lesung beordert wurde.

Die Spezial-Pensions-Bill.

Der Senat nahm sodann die Spezial-Pensions-Bill auf, welche sich auf falsch geschriebene Namen und auf Auslassungen in der früheren Pensionsliste bezieht. Die Bill wurde mit 9 gegen 7 Stimmen verworfen. Die Bill war schon einmal verworfen, aber das Votum wieder in Berathung gezogen worden. Hr. Field erklärte die Bill für einen himmelschreienden Betrug; nach derselben könne jedes alte Weib, welches bei den Schlachten von Lewes und St. Michael (die sog. Austernkriege) davongelaufen sei, Pensionen fordern.

Angenommene Bills.

Die Senats-Bill über Competenz der Zeugen; die Bill, welche die Ernennung eines Commissärs verfügt, um Zeugenaussagen im Betreff der bei Zerstörung des Gerichtshauses von Dorchester-County verloren gegangenen Dokumente entgegenzunehmen.

Der gemeinschaftliche Beschluß,

in welchem die Gesetzgebung ihre Sympathie mit den Feniern ausspricht und die Vertreter Maryland's ersucht, sich für dieselben zu verwenden, wurde angenommen.

Nachdem eine Anzahl Senats-Bills die zweite Lesung passirt, wurde die

„Local-Option-Bill für Somerset-Co."

angenommen, und der Antrag, die Bill dem ungünstigen Bericht zu substituiren, wurde verworfen.

Annapolis, den 30. März.

Senat.

Eine Petition

legte Hr. Brewer von 245 Frauen Baltimore's um ein Local-Option- und Entschädigungs-Gesetz vor.

Local-Option für Somerset-County todt.

Hr. Brattan sagte, in Folge gewisser Mißverständnisse sei des Senats Verfahren vom Sonnabende Betreffs der Unterhausbill für Local-Option für Somerset County nicht in Ordnung gewesen; man hätte über Annahme der Bill, nicht über Substituirung derselben für den ungünstigen Bericht des Rechtsfragen-Comite's abstimmen sollen; das Letztere sei bereits, als dieser Bericht zuerst erstattet worden, geschehen.

Man zog die Sonnabends-Abstimmung demgemäß wieder in Erwägung; worauf die Bill mit 7 (Aydelotte, Blake, Brewer, Brattan, Crawford, Fields und Steiner) gegen 10 Stimmen durchfiel.

Später berichtete Hr. Tuck im Namen des Rechtsfragen-Comite's die Unterhausbill zur Amendirung des Ortsgesetzes für Somerset-County über die Conzessionen für Kleinhändler, welche weiter Nichts, als Local-Option bezweckt, ungünstig ein.

Hr. Brattan beantragte Substituirung der Bill für den ungünstigen Bericht, ward jedoch heimgewiesen, und der Bericht angenommen.

Annahme von Gesetzvorschlägen.

Die Diäten des Unterhauses des Baltimorer Scheriffs für Dienst in städtischen Gerichtshöfen zu fixiren; das Jagen auf fremdem Gebiete in Dorchester-County zu bestrafen; den Mayor und Stadtrath von Baltimore zur Annahme von 30 Morgen Landes an Charlesstraße Behufs Anlegung eines Parks zu ermächtigen; den Freibrief der Sparanstalt in Sandy Spring, Md., zu amendiren; den Mayor und Stadtrath von Baltimore zur Neuabschätzung des Grundeigenthums in der Stadt, wennimmer sie es für zweckmäßig erachten, zu ermächtigen; Luther T. Colton & Comp. für Veröffentlichung des Schulcommissärs-Berichts von 1872 zu bezahlen; den Freibrief der „Baltimore-Swann-See-Pferdebahn Gesellschaft" zu ändern; die „Harford-Sparbank von Harford" zu incorporiren; für Bezahlung der Uebernehmer des Baues des Armenhauses in Baltimore-County Vorkehr zu treffen.

Das Staats-Lehrer-Seminar.

Die Senatsbill, welche zum Ausgeben von $100,000 Staatsobligationen für den Ankauf eines passenden Grundstücks und die Errichtung eines Gebäudes für's Staats-Lehrerseminar ermächtigt, ging mit 16 gegen 4 Stimmen durch.

Die Maryländer Irren-Anstalt.

Behufs dritter Lesung ward die Bill für Errichtung und Regelung der Maryländer Irrenanstalt vorgenommen.

Die HH. Fields, Stevens und Williams waren gegen die Bill in ihrer jetzigen Gestalt; sie gelangte in die Hände des Finanz-Comite's zurück.

Namens-Aenderung.

Mit Zustimmung von zwei Dritteln der Senats-Mitglieder durfte Hr. Stevens eine Bill zur Umtaufe der „Süd-Baltimorer Chemischen Fabrik" in die „Chappell'sche Chemikalien- und Düngmittel-Compagnie" einbringen.

Das Spital der „Universität von Maryland."

Zur dritten Lesung lag jetzt die Bill zur Bewilligung von $30,000 für den Bau eines Spitals der „Universität von Maryland" vor.

Hr. Stevens beantragte als Amendement eine zusätzliche Bewilligung von $10,000 für die Fakultät des Collegiums der Aerzte und Chirurgen von Baltimore zur Errichtung und zum Unterhalte einer Entbindungs-Anstalt für bedürftige Frauen.

Hr. Fields opponirte der Bill, weil sie die Staatskasse plündern helfe. Er beantragte Streichung der Erlaß-Klausel, d. h. Verwerfung der Bill.

Hr. Earle eiferte gegen das Stevens'sche Amendement und befürwortete die Bill; es sei besser, zwei Institute erster Klasse, als drei armselige zu haben; Baltimore könne drei Arzneischulen nicht unterhalten; der Staat habe für Erhaltung der „Universität von Maryland" und der „Washington Universität" zu sorgen.

Eine längere Debatte erfolgte, in der Hr. Davis der Bill opponirte, und die HH. Williams und Earle für dieselbe in die Schranken traten.

Der Fields'sche Antrag auf Streichung der Erlaß-Klausel wurde niedergestimmt.

Hr. Denson beantragte ein Amendement zum Stevens'schen Amendement, dem israelitischen Spitale in Baltimore für 1874 und '75 je $1000 zu bewilligen. Sein Vorschlag wurde mit 15 gegen 5 Stimmen angenommen.

Hr. Davis beantragte als Amendement, daß die Fakultät alle armen und kranken Advokaten, die um Behandelung und Unterstützung nachsuchen unentgeldlich aufnehmen soll. Dies ward mit 8 gegen 10 Stimmen zurückgewiesen.

Hr. Davis beantragte Streichung der Bestimmung, wornach die Universität gehalten ist, einen Studenten aus jedem County des Staates und jedem Gesetzgebungs-Bezirke der Stadt Baltimore gratis zu unterrichten. Der Vorschlag fiel mit 6 gegen 10 Stimmen ebenfalls durch.

Das Stevens'sche Amendement wurde mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen.

Hr. Davis unterbreitete ein Amendement, zur Errichtung einer Rechtsschule als Anhängsel der Universität $30,000 zu bewilligen. Auch diese Vorlage ward verworfen.

Schließlich wurde Behufs dritter Lesung die Bill mit 10 gegen 8 Stimmen zur Mundirung beordert.

Angenommene Senatsbills.

Die Staatsbanken zur Bezahlung einer Steuer von 20 Cents für je $100 ihres Noten-Umlaufes in den Schulfond anzuhalten; die Weggelder auf gewissen 1804 conzessionirten Chaussée'n in Baltimore-County betreffend.

Zweite Lesung von Unterhausbills.

Die Commissäre von Baltimore-County zum Baue einer Gasanstalt und eines Pesthauses auf dem Grundstücke des neuen Armenhauses zu ermächtigen; in den Counties Washington und Montgomery eine Hundesteuer einzuführen; die Commissäre von Harford-County zum Zeichnen von Aktien im Betrage von $100,000 auf eine durch das County gehende Eisenbahn gegen erste Hypothek zu ermächtigen.

Verwerfung einer Hausbill.

Die Ortsgesetze von Alleghany-County über Fabrikanten und Bergleute zu amendiren.

Erste Lesung einer Senatsbill.

Die „Süd-Baltimorer Chemische Fabrik" in die „Chappell'sche Chemikalien- und Düngmittel-Compagnie" umzutaufen.

Hr. Earle thut Abbitte.

Hr. Earle erhob sich und nahm, was er letzten Sonnabend in der Hitze des Gefechts etwa Ehrenrühriges oder Nachtheiliges über Senator Fields und den Staatsschatz-Controleur Woolford gesagt, zurück; der Mensch sei zu Zeiten schwach.

Abend-Sitzung.

Annapolis, den 30. März.—Die Bill zur Erweiterung des Baltimorer Stadtweichbildes ward für Mittwoch zur besonderen Tagesordnung gemacht.

Annahme von Unterhaus-Bills.

Harford-County zum Nehmen von $100,000 Aktien einer Bahngesellschaft zu autorisiren; Betreffs der Conzessionirung von Telegraphen- und Expreß-Compagnie'n; Obligationen von Somerset-County einlösen zu lassen; die Rebhühner in Washington-County zu hegen; die kath. Kirche in Baltimore zum Ankaufe eines Platzes für einen neuen Kirchhof zu ermächtigen; die „Maryländer Trust-, Verwahr- und Depositen-Compagnie" zu incorporiren.

Die Musikakademie.

Die Bill, welche die Baltimorer Musik-Akademie zum Ausgeben ihrer Obligationen ermächtigt, fiel durch.

Unterhaus.

Das Delegatenhaus trat um 10 Uhr in Sitzung.

Das Corporations-Comite berichtete günstig über die Senats-Bill die Akte über Lizenzirung auswärtiger Versicherungsgesellschaften zu amendiren.

Unter verschiedenen vom Senate übersandten Bills war auch die Revenue-Bill. Dieselbe wurde später an den Senat zurückgeschickt, weil dieser Körper weiter darüber berathen wollte.

Hr. Hart legte eine Petition von 700 Bürgern Baltimore's gegen die „Abattoir"-Bill vor.

Die Haus-Bill des Hrn. Joyce, die Polizeigesetze von Baltimore zu amendiren, so daß die Gehälter der Beamten erhöht werden, wurde mit verschiedenen Amendements vom Senat übersandt.

Hr. McColgan sagte, es lägen bereits drei oder vier Bills über diese Angelegenheit vor und er hoffe, dieselbe werde der Stadt-Delegation überwiesen werden, damit dieselbe eine Bill einberichte, welche die guten Züge aller dieser Maßregeln enthalte.

Hr. Joyce war dagegen, da die Amendements des Senats nur den früheren Verfügungen des Hauses entsprechen.

Der Antrag, die Bill an die städtische Delegation zu verweisen, wurde angenommen.

(Die Debatte über die Schlachthaus-Bill siehe Spezial-Correspondenz.)

Hrn. Greenfield's Bill, das Maryländer Correktionshaus zu errichten, wurde aufgerufen und in Ermangelung einer verfassungsmäßigen Majorität verworfen.

Der Antrag, das Votum in Wiederberathung zu ziehen, wurde angenommen.

Die Haus-Bill in Betreff der Getraide-Verwiegung wurde vom Senate zurückgeschickt und auf den Tisch gelegt.

Die Registrirungs-Bill.

Die Registrirungs-Bill des Hrn. Hart wurde zur zweiten Lesung aufgerufen und einigen leichten Abänderungen unterworfen. Ein Amendement wurde angenommen, welches verfügt, daß die Baltimorer Liste in zwei Blättern publizirt werde, von denen eins Deutsch sein soll.

Hr. Brace schlug ein Amendement vor, welches verfügt, daß der Gouverneur drei Registratoren für jedes County und jede Ward der Stadt Baltimore ernennen soll, von denen einer der Oppositionspartei angehören muß; verworfen.

Abermals ein Schreibebrief des Staats-Controleurs.

Kurz vor der Vertagung wurde dem Hause folgendes Schreiben vorgelegt:

„Annapolis, 30. März 1874. An die Achtb. Mitglieder des Delegatenhauses von Maryland.—Meine Herren! Da Einwände erhoben worden sind gegen den Posten in der Allgemeinen Verwilligungs-Bill, wie dieselbe von dem Comite für Mittel und Wege einberichtet worden ist, mich für meine Arbeit, die Revenuegesetze des Staates zu revidiren und in ein System zu bringen, zu bezahlen, so ersuche ich Ihre Achtb. Körperschaft, die Bill so zu amendiren, daß besagter Posten gestrichen werde. Ich ziehe es vor zu warten, bis die Zeit und die Ereignisse den Werth meiner Arbeit demonstriren. Indem ich dem Delegatenhause für die Freundschaft danke, mit welcher Sie die Verwilligung unterstützten, bin ich doch der Ansicht, daß das von mir eingeschlagene Verfahren unter den obwaltenden Umständen das Richtige ist. Ich verbleibe sehr Achtungsvoll Ihr ergebenster

Levin Woolford."

Nach der Verlesung des Woolford'schen Schreibens wurde dasselbe an das Comite für Mittel und Wege verwiesen.

Die Registrirungs-Bill wurde für Mittwoch auf die Tagesordnung gestellt.

Abendsitzung.

Das Haus trat um 8 Uhr wieder in Sitzung. Folgende Bills wurden angenommen: den Freibrief von Frostburg zu amendiren; die Anstellung einer Polizei-Commission für Annapolis betreffend; die „Maryländer Canal-Comp." zu incorporiren; einen Leichenbeschauer für Dorchester-County zu ernennen; die Feldzaungesetze von Charles-County zu reguliren; einen weiteren Friedensrichter für Somerset-County anzustellen; ein „Lokal-Option"-Gesetz für Queen Anne's, Caroline- und Talbot-County; den Durchstich eines Canals von Quantico-Creek zum Nanticoke-Flusse in Wicomico-County zu gestatten. — Die Bill über das Dampfkessel-Inspektionsgesetz wurde bis zum 6. April verschoben.

Annapolis, den 31. März.

Senat.

Bau- und Heimstätten-Vereine.

Eine Botschaft ward an's Unterhaus gesandt mit der Aufforderung, zur Einigung über dessen Amendement zur Blake'schen Bill, wornach Bau- und Heimstätten-Vereine ihre Darlehen nur in Baargeld, nicht in Wechseln geben dürfen, ein Conferenz-Comite zu ernennen. Der Senat hat die HH. Williams und Blake zu Mitgliedern dieses Comite's ernannt.

Die Zahl der Senatsbeamten.

Einem Erlasse des Senats gemäß erstattete Hr. Earle, Obmann des Finanz Comite's, dahin Bericht, daß die Zahl der Beamten und Bediensteten des Senats sich im Ganzen auf 21 belaufe. Der Bericht wurde dem Protokolle einverleibt.

Zweite Lesung von Senatsbills.

Auf alle Hunde im Staate eine Steuer zu legen, ausgenommen in Dorchester-County und in allen Städten, Oertern und Flecken, wo die Ortsbehörden bereits die Hundesteuer eingeführt haben; den Bürgen James Spicer's, Ex-Scheriffs von Harford-County, zu Hülfe zu kommen; die Scheriffs-Sporteln in Garret-County zu regeln; Luther C. Martin eine gewisse Summe auszuzahlen; Nathan C. Berry $355 zu bezahlen; die Fische und Terrapins in den Gewässern des Staates mit Ausnahme von Cecil-County zu hegen; den 10. Abschnitt des 16. Artikels der allgemeinen Staatsgesetze über "Chancery" zu widerrufen; Peter W. Crain $50 zurückzuerstatten; die Zusammensetzung von Geschworenen-Collegien des Baltimorer Stadtkreis-Gerichts zu regeln; Ruth P. Griffith und Susanna Bond in Baltimore und Lydia Smith in Harford-County je $30 Pension zu bezahlen.

Die Baltimorer Musik-Akademie.

Da die Abstimmung, welche die Bill zur Ermächtigung der Musik-Akademie, ihre eigenen Obligationen auszugeben, verwarf, wieder in Erwägung gezogen worden, so lag die Frage der Annahme der Bill wiederum vor; dieses Mal ging dieselbe mit 17 gegen 6 Stimmen durch.

Hr. Brattan beantragte jetzt Wiedererwägung auch dieses Votums, ward jedoch mit seinem Antrage heimgewiesen.

Die Besserungs- und Erziehungs-Anstalt für Negerkinder in Prince George's County.

Die Bill, welche $15,000 zur Errichtung weiterer Baulichkeiten für obige Anstalt bewilligt, wurde zum zweiten Male gelesen, und ihre Mundirung anbefohlen.

Annahme von Senatsbills.

Die Incorporir-Akte der „Merchants' Gegenseitiger Assekuranz-Compagnie von Baltimore" zu amendiren; zur Errichtung einer Gasanstalt und eines Pesthauses auf dem Grundstücke des neuen Armenhauses in Baltimore-County die Ermächtigung zu ertheilen; von Stockton über Fallston nach White House in Harford-County eine Chaussee bauen zu lassen; den Freibrief der „Maryländer Ackerbau-Gesellschaft" dahin zu amendiren, daß der Gouverneur, Senats-Präsident, Sprecher des Unterhauses und Director des Staats-Lehrer-Seminars von Amts wegen Vorstands-Mitglieder sind.

Die Parksteuer der Baltimorer Stadt-Bahnen.

Die Senatsbill zur Verminderung der Parkabgabe der Stadtpferdebahnen in Baltimore und Regelung ihrer Fahrraten lag jetzt zur dritten Lesung vor.

Hr. Stevens protestirte wiederholt energisch gegen die Annahme der Bill, welche einen zu Recht bestehenden Contrakt brechen würde.

Hr. Fields zog ebenfalls gegen die Bill los; sie sanktionire einen Contraktbruch und sei verfassungswidrig. Der Redner resümirte das Auftreten der „Stadtpferdebahn-Compagnie" und das Wesen der Bill und ließ vom Sekretär den in einer Versammlung von Bahnaktionären in Raine's Halle am 19. November erstatteten Comite-Bericht über den Zustand der Angelegenheiten der Compagnie vorlesen.

Hr. Tuck suchte die Verfassungsmäßigkeit der Bill darzuthun.

Hr. Carroll ergriff um 3 Uhr das Wort gegen die Bill.

Bei Vertagung der Vormittags-Sitzung, die um ½5 Uhr erfolgte, war es noch nicht zur Abstimmung gekommen.

Nachmittags-Plenar-Sitzung.

Die Revenue-Bill.

Sofort formirte sich der Senat zum Plenar-Ausschusse und nahm die Revenue-Bill des Unterhauses vor, von der 18 Abschnitte vorgelesen wurden. Man fügte keine Amendements von Bedeutung hinzu.

Abend-Sitzung.

Die Parksteuer der Pferdebahnen.

Die Stadt-Pferdebahn-Bill erfreute sich dann wiederholter Aufmerksamkeit des Senats.

Nachdem Hr. Blake die Bill befürwortet, fiel sie mit 12 gegen 9 Stimmen durch; mit „Nein" stimmten die HH. Carroll, Brewer, Denson, Earle, Fields, Knight, McCulloh, Stevens und Walsh. Es fehlte somit an der constitutionellen Mehrheit. Man zog die Abstimmung wieder in Erwägung und setzte die Bill für morgen früh 11 Uhr auf die Tagesordnung.

Unterhaus.

Das Delegatenhaus versammelte sich um 10 Uhr.

Das „Spring-Grove-Asyl."

Der Sprecher legte dem Hause eine Mittheilung vor, unterzeichnet von den HH. R. S. Stewart, M. Latrobe, G. M. Brown, S. T. Wallis und Jas. A. Stewart, in welcher berichtet wird, daß das „Spring-Grove-Asyl" im Falle der Staat keine Verwilligung für dasselbe macht, von seinen Gläubigern in Besitz genommen wird.

Zum zweiten Male verlesen.

Die folgenden Bills wurden zum zweiten Male verlesen: Die Gehälter der Polizisten in Baltimore zu erhöhen. Hr. Gill beantragte, diese Bill an das Justiz-Comite zu verweisen, da eine constitutionelle Frage in Betracht komme. Hier werde eine Gehaltserhöhung von mehr als $100,000 verfügt und die Staatsverfassung verbiete, eine Gehaltserhöhung während der Dienstzeit eines Beamten. Hr. Joyce erhob Einsprache gegen diesen Antrag. Hr. McColgan fragte, ob der Herr meine, daß die Baltimorer Polizisten Staatsbeamte seien? Hr. Gill führte die Idee aus, daß die Verfügung der Staatsverfassung sehr weitgehend sei. Hr. Hart fragte, ob nicht eine ähnliche Bill über Erhöhung der Gehälter der Geheimpolizisten die Unterschrift des Gouverneurs erhalten habe? Hr. Gill bejahte dieses, meinte aber, jene Bill habe dem Justiz-Comite ebenfalls nicht vorgelegen. Gouv. Whyte habe auch die Kohlensteuer-Bill unterzeichnet, dennoch habe das Appellationsgericht dieselbe als verfassungswidrig erklärt. Wenn der Gouverneur eine Bill unterzeichne, so beweise das noch lange nicht, daß dieselbe gut sei. Der Antrag des Hrn. Gill wurde mit 35 gegen 28 Stimmen verworfen. Die Bill wurde sofort zum dritten Male verlesen und lag dann zur Annahme vor.

Hr McColgan sagte, er werde für die Bill stimmen, wenn dieselbe so amendirt werde, daß das Gehalt in Zukunft erhöht werde, er wünsche jedoch nicht, daß die jetzigen Mitglieder mehr erhalten sollten. Diese Gehaltserhöhung sei unzeitig, kein einziger Steuerzahler billige dieselbe, außerdem halte er die Bill für verfassungswidrig.

Hr. Joyce sagte, die Zulage betrage nur 45 Cts. pr. Tag.

Hr. Greenfield sprach gegen die Bill, Hr. Fenton unterstützte dieselbe.

Hr. Gill sprach abermals gegen die Bill und sagte, er sei trotzdem der wahre Freund der Polizei. Wenn diese Bill angenommen werde, so werde das von Steuern überbürdete Volk unter der Last zusammen brechen, oder aber, was noch viel wahrscheinlicher sei, die demokratische Partei werde vernichtet werden und er möchte sehen, was dann die Polizisten anfangen wollten?

Eine Stimme — „Fischen gehen!"

Hr. Gill: „Jawohl, sie werden fischen gehen, weil sie nichts Besseres zu thun haben."

Hr. Johnson von Dorchester-County opponirte der Bill. Hr. Vanderford beantragte die Vorfrage und die Bill wurde mit 37 gegen 28 Stimmen verworfen. Die Baltimorer Mitglieder stimmten wie folgt: McCosker, J. H. Hamilton, Cooper, E. R. Hamilton, McWilliams, Stewart, McAleese, Hart, Joyce, Groh und Fenton dafür, und Gill, Loane, Greenfield und McColgan dagegen. Abwesend waren die HH. Foster, Staylor und Harig.

Die Bill des Hrn. Vanderford über

Staats-Druckarbeiten

wurde zum zweiten Male verlesen und so amendirt, daß alle übermäßig hohen Angebote zurückgewiesen werden sollen.

Ferner wurden folgende Haus-Bills zum zweiten Male verlesen:

Die „Baltimore-, Towsontown-, Dulaneys-Valley- und Delta-Narrow Gauge-R.-R.-Comp." zu incorporiren; Den Freibrief der „Baltimore- und Potomac-Eisenbahn" zu amendiren; die Eisenbahn-Gesetze des Staates zu verbessern; die Bill des Sprechers Hines, die Conzessionirung des Spirituosenverkaufs zu reguliren. Einen Theil des Staats-Viehhofes zu verkaufen.

Hr. Watkins rief die

Verwilligungs-Bill für 1874

auf, welche zur dritten Verlesung vorlag. Hr. Leonard sagte, er sehe in der Bill Verwilligungen für Wohlthätigkeitsanstalten, welche nicht in dem Entwurfe gestanden, als derselbe zum ersten Male dem Hause vorlag. Er forderte den Sprecher auf, dieses zu erklären. Der Sprecher sagte, er könne sich nicht erinnern, daß dieselben verlesen worden seien, dagegen behaupten einige Mitglieder, sie seien verlesen worden und der Clerk sei bereit, zu beschwören, daß er diese Anstalten verlesen habe.

Als man zu der Verwilligung von $2500 für den Staats-Controleur für Revision der Revenuegesetze kam, wurden mehrere Anträge gestellt, aber nicht erledigt. Auf Antrag des Hrn. Seth ging das Haus in's Plenar-Comite und Hr. Watkins beantragte, die betreffende Verwilligung für den Controleur zu streichen; angenommen. Das Comite berichtete an das Haus und nach einem Wortwechsel zwischen dem Sprecher und den HH. Brace und Robinson, wurde die Abstimmung über die Bill gefordert und dieselbe mit 56 gegen 13 Stimmen angenommen.

Folgende Haus-Bills wurden

angenommen:

Gewisse Drucker Rechnungen zu bezahlen. Ein Staats-Correktionshaus zu errichten. (Mit 49 gegen 14 Stimmen.) Gewissen Soldaten und Matrosen aus dem Kriege von 1812 Pensionen zu verwilligen. Einen Staats-Einwanderungs-Agenten zu ernennen. Die Registrirung von Stimmgebern betreffend. Die Heizung und Ventilation des Kapitols verbessern zu lassen. Die Leichen der conföderirten Soldaten nach dem „Loudon-Park-Todtenhofe" bringen zu lassen. Privatstraßen betreffend. Hrn. Weber u. A. verschiedene Ansprüche zu zahlen. Eine Sanitätsbehörde zu creiren. Die Fische in den Gewässern des Staates zu schützen.

Einige Sanitäts-Bills passirten die zweite Lesung.

Das Haus hielt Nachmittagssitzung, um eine Anzahl Bills zum zweiten Male zu verlesen. Die Bill, welche die Errichtung einer neuen Staats-Heu- und Viehwaage verfügt, wurde bis zum 6. April verschoben.

Die Bill, welche die Bestrafung des Hazardspiels vorschreibt, wurde dahin amendirt, daß das geringste Strafmaß von $500 auf $100 reduzirt wurde. Ein Antrag, dieses Amendement in Wiederberathung zu ziehen, schwebte noch, als sich das Haus vertagte.

Die Bill des Hrn. Loane über Mondsüchtige und Irrsinnige wurde für morgen auf die Tagesordnung gesetzt.

Ein Antrag, die Gesetzesklausel der Spirituosen-Inspektions-Bill zu streichen, wurde mit 28 gegen 23 Stimmen verworfen.

Annapolis, den 1. April.

Senat.

$30,000 für ein Spital in Baltimore.

Die Bill, welche der „Universität von Maryland" zum Bau eines Spitals in Baltimore $30,000 verwilligt haben will, kam jetzt zur Erörterung. Bei der Abstimmung fiel sie mit 13 gegen 9 Stimmen, also in Ermangelung der constitutionellen Majorität, durch.

Im späteren Verlaufe der Sitzung zog man die Abstimmung wieder in Erwägung und nahm die Bill mit 15 gegen 6 Stimmen an.

Die Baltimorer Stadt-Pferdebahnen und ihre Park-Abgabe. — Es bleibt bei'm Alten!

Auf der besonderen Tagesordnung stand die Bill zur Verringerung der Parksteuer der Pferdebahnen Baltimore's und Feststellung der Fahrraten; die Abstimmung, zu welcher man sofort schritt, ergab ihre Verwerfung in Folge des Mangels an verfassungsmäßiger Mehrheit; es fielen 12 Stimmen dafür, 11 dagegen. Mit „Ja" stimmten die HH. Aydelotte, Blake, Brattan, Crawford, Claggett, Davis, Getty, Phelps, Steiner, Spencer, Tuck und Williams; mit „Nein" die HH. Carroll, Brewer, Denson, Earle, Fields, Knight, Lowwell, Lloyd, McCulloh, Stevens und Walsh.

Der Schiffscanal durch die Eastern Shore.— Die Bill verworfen.

Die zweite Nummer der besonderen Tagesordnung war die Earle'sche Bill zur Terrain-Vermessung für einen Schiffscanal von der Chesapeake- nach der Delaware-Bai und zur Verwilligung von $20,000 für diesen Zweck.

Die Abstimmung ergab 10 Stimmen dafür, 13 dagegen; die Bill ist sonach todt.

Zweite Lesung von Hausbills.

Das Gesetz über County-Commissäre zu ändern; ditto den Freibrief der „Chesapeake-Ohio-Canal-Compagnie;" den Mayor und Stadtrath von Baltimore zum Zeichnen von Aktien der „Maryländer Canal-Compagnie" und zur Indossirung der Obligationen derselben zu ermächtigen; ditto die Commissäre von Dorchester-County zur Subscription auf's Grundcapital der „Vienna'er Eisenbahn-Gesellschaft;" für den Bezirk Tangier in Somerset-County noch einen Friedensrichter zu ernennen; die Conzessionirung von Spirituosenhändlern in Cecil-County zu regeln; einen neuen Wahlbezirk, den 12., in Prince George's County zu errichten; eine Gesellschaft zum Baue einer Chaussee von Hagerstown nach Sharpsburg zu incorporiren; die Vögel in Garrett County zu hegen; eine neue Registrirung der Stimmgeber im Staate anzuordnen (nebst Amendements, deren dritte Lesung verschoben ward); den Testaments-Vollstrecker Joshua F. Colkey zur Ausstellung von Besitztiteln über gewisse Grundstücke zu kirchlichen Zwecken zu ermächtigen; Isaak R. Nichols irrig bezahlte Staatssteuern zurückzuerstatten; Jakob Sauser für Festnahme des Mörders des Capt. Miles zu belohnen; für Entfernung der Leichen Conföderirter Vorsorge zu treffen.

Der Grenzstreit mit Virginien.

Ein günstiger Bericht ward vom Comite für Beziehungen zu anderen Bundesstaaten über Einsetzung von Schiedsrichtern Behufs Feststellung der Grenze zwischen Maryland und Virginien erstattet.

Angenommene Hausbills.

Den 8. Abschnitt des 4. Artikels der Staats-Verfassung über die Verlegung von Criminal Prozessen dahin zu amendiren, daß die Vorlegungsfrage mit Ausnahme von Mordprozessen dem Ermessen des Gerichtshofes anheimgestellt wird (3/5 aller Senatoren stimmten dafür); den Ort Belair zu incorporiren; die Befugnisse des israelitischen Waisenhauses in Baltimore zu erweitern; das Gesetz über Incorporirung verschiedener Chaussee-Compagnie'n in Baltimore-County dahin zu amendiren, daß dieselben Dampf- oder andere moderne bewegende Kräfte benutzen dürfen.

Erweiterung des Weichbildes Baltimore's.

Auf der ferneren besonderen Tagesordnung stand die Unterhausbill zur Erweiterung des Baltimorer Stadt-Weichbildes; sie lag zur dritten Lesung vor und wurde abschnittsweise erörtert.

Hr. Longwell beantragte Streichung des 2. Abschnittes und die Substituirung des Folgenden:

„Die Commissäre von Baltimore-County haben für jeden Wahlbezirk oder Theil eines Bezirks oder Prezinkt, die annektirt werden sollen, drei Wahlrichter zu ernennen und das Wahllokal zu bestimmen; die Wahl ist am ersten Dienstage im Mai 1874 in derselben Art und Weise, wie die Wahl von Abgeordneten für die Staatsgesetzgebung, abzuhalten. Die Wahlrichter dürfen von keiner Person, deren Name nicht in den Registrir-Büchern verzeichnet ist, und welche nicht innerhalb des zu annektirenden Reviers wohnt, Stimmzettel annehmen, und die Wahlberichterstatter haben über das Wahlresultat an den Gouverneur, Aktuar des Kreisgerichts von Baltimore-County und des Superior-Gerichts von Baltimore zu berichten, und wenn die größte Stimmenanzahl für Annektirung sich ausspricht, dann soll die Annektirung geschehen und der Gouverneur seine dahin gehende Proklamation erlassen."

Hr. Longwell sagte, bei [illegible] dieses Amendements gehen seine Absicht und sein Wunsch nur dahin, einen gerechten Ausdruck des Willens des Volkes, das über diese Angelegenheit abzustimmen berechtigt sei, und nur solcher Bürger zu erzielen, was nach seinem Dafürhalten am Besten durch eine besondere Wahl zu bewerkstelligen sei.

Hr. Stevens opponirte dem Amendement in kräftiger Rede; die Bill, wie sie jetzt laute, treffe schon für eine gerechte Wahl Vorsorge.

Die HH. Claggett und Earle befürworteten eine Spezialwahl und das Amendement.

Hr. Williams wollte vom Letzteren, wie vom Ersteren Nichts wissen, ein gebührender Ausdruck der Volksmeinung lasse sich am Besten durch eine allgemeine Wahl erzielen.

Hr. Tuck offerirte ein Amendement, wornach der Gouverneur die Wahlrichter zu ernennen hat, zog es jedoch in der Folge wieder zurück.

Hr. Denson jedoch erneuerte den Tuck'schen Vorschlag, den Hr. Davis wiederum dahin amendirte, daß die vom Gouverneur Ernannten Bürger und Stimmgeber von Baltimore-County sein müssen.

Das Denson'sche Amendement ging mit 12 gegen 7 Stimmen durch; desgleichen das Longwell'sche Amendement mit 14 gegen 9 Stimmen.

Hr. Tuck beantragte zum ersten Abschnitte ein Amendement, das die südliche Grenze des Stadtweichbildes bis zum niederen Wasserstande an dem südlichen Ufer des Patapsco verlängert, in östlicher, gerader Richtung über den Patapsco bis zum Marine-Spitale führt und des Flusses Norduser nahe der Mündung von Colgate's Creek erreichen läßt. Diesem Vorschlage trat Hr. Stevens und dann auch der Senat bei.

Hr. Tuck unterbreitete ferner ein Amendement, daß Nichts in diesem Gesetze so ausgelegt werden darf, als widerrufe es die Bestimmungen des 99. Capitels von 1870 für Abstecken von Straßen in Baltimore-County dicht am Stadtweichbilde und das 1872er Gesetz, Capitel 78, nebst seinen Supplementen oder trete denselben in irgend einer Weise zu nahe oder annullire irgendwelche kraft besagter Gesetze bereits eingeleitete oder noch einzuleitende Prozeduren.

Auch dieses Amendement passirte; es wurde von den HH. Reverdy Johnson und Frick von Baltimore mit Begleitschreiben derselben hierher geschickt.

Jetzt trat Hr. Davis wieder mit einem Amendement hervor, daß im Falle der Annektirung der Mayor und Stadtrath von Baltimore den Commissären von Baltimore-County eine zwischen beiden Theilen zu vereinbarende Summe für die seit dem 1. Januar 1865 verausgabten Beträge für Weg-Durchbrüche und -Bauten, Brücken, Abstecken von Straßen u. Avenuen, Grundstücks-Ankäufe, Schulbauten u. s. w. in dem annektirten Reviere auszubezahlen.

In längerer Harangue befürwortete Hr. Davis sein Amendement, gegen welches Hr. Tuck beredt und mit schlagenden Argumenten Fronte machte.

Nach längeren Debatten fiel das Amendement mit 3 gegen 14 Stimmen durch.

Annahme von Hausbills.

Die „Citizens' Bank von Baltimore" zu incorporiren; die Befugnisse des Mayors und Stadtrathes von Westminster in Carroll-County zu erweitern; den Spirituosen-Verkauf innerhalb dreier Meilen von Hansonville in Frederick-County zu verpönen; einen Aufzugs-Durchlaß an der Brücke über den Patapsco an der Ferry-Bar zu errichten; die „Belair-Sparbank" zu incorporiren; die Befugnisse der Vorsteher der St. Marien-Industrie-Schule für Mädchen zu erweitern u. s. w.

Ueber 50 Bills nahm der Senat heute Abend an.

In Ermangelung verfassungsmäßiger Mehrheit fiel die Bill zum Verkaufe des Staats-Antheils an der „Annapolis-Elkridger Bahn" an die „Drumpointer Bahn-Compagnie" durch.

Nachmittags-Sitzung.

Um ½5 Uhr formirte sich der Senat zum Plenar-Ausschusse und erörterte die Revenue-Bill, welche abschnittsweise durchgenommen wurde.

Man nahm Amendements an, welche die sogenannte Erbsteuer auf 2½ Cents pro je $100, die Schulsteuer auf 12 Cents pro je $100 erhöhen.

Der Senat verwarf die Bill mit 11 gegen 7 Stimmen; d. h. aus Mangel an constitutioneller Mehrheit. Das Votum ward jedoch wieder in Erwägung gezogen, und die Bill für morgen Vormittag 11 Uhr auf die besondere Tagesordnung gesetzt.

Der Senat vertagte sich dann bis 8 Uhr Abends.

Abend-Sitzung.

Um 8 Uhr begann die Sitzung wieder.

Mit Zustimmung von zwei Dritteln der Senats-Mitglieder durfte eine Bill, welche zur Anstellung von Rechtsbeistand zur Vertretung des Staates in dem beabsichtigten Schiedsgericht zur Fixirung der Grenzlinie zwischen Virginien und Maryland ermächtigt, eingebracht werden.

Die Erwägung der Bill zur Erweiterung des Baltimorer Stadtweichbildes wurde bis morgen Mittag 12 Uhr verschoben.

Die Earle'sche Bill zur Bestrafung eines Steuereinnehmers oder Staatsgeld-Verwahrers, der von einer Bank oder Körperschaft für Staatsgeld-Depositen bei denselben Vergütung annimmt oder erhält, mit Geld- oder Kerkerstrafe wurde zur Reinschrift beordert.

Annahme von Senatsbills.

Die Shad- und Häringsfischerei im Patuxent zu regeln; jährlich $1000 fünf Jahre lang der Charlotte-Hall-Schule zu bewilligen; die „Süd-Baltimorer Chemische Fabrik" in die „Chappel'sche Chemikalien- und Dünger-Compagnie" umzutaufen; die Fische und Terrapins in den Gewässern des Staates zu hegen; für's Besserungshaus für Negerkinder in Prince George's County $15,000 auszusetzen; „die Chesapeake-Einwanderungs-, Land- und Anbau-Gesellschaft von Maryland" zu incorporiren (eine äußerst umfangreiche Bill) u. s. f.

Unterhaus.

Hr. Park stellte den Antrag, ein gewisses Spezial-Comite aufzufordern, die „Local-Option-"Bill für Allegany-County sofort einzuberichten. Es scheine, als wolle man diese Maßregel zurückhalten und im Comite ersticken lassen. Die Bill sei einem Theile der Delegation seines County's überwiesen worden; diese Herren seien jedoch gegen dieselbe.

Hr. Wier entgegnete, daß sein College (Park) diese Bill heimlich in's Haus geschmuggelt habe, als die meisten anderen Delegaten des County's abwesend gewesen seien. Die Bevölkerung von Allegany-County sei gegen die Maßregel und er repräsentire hier jedenfalls eben so viele Steuerzahler, als Hr. Park.

Hr. Joyce bemerkte, daß er von ungefähr zum Mitgliede des genannten Comite's ernannt worden sei. Dasselbe würde ohne Zweifel gestern Abend die Bill in Betracht gezogen haben, wenn er nicht nach Hause gerufen worden wäre. Der Antrag des Hrn. Park sei beleidigend und er hoffe, daß derselbe niedergestimmt werde. Die Bill würde wahrscheinlich morgen einberichtet werden. Mehrere Mitglieder erklärten sich befriedigt mit dieser Erklärung und ersuchten Hrn. Park, seine Order zurückzunehmen. Hr. Park entgegnete mit Nachdruck, er werde seinen Antrag nicht zurück nehmen und wenn er geschlagen werden solle, so möge dieses im offenen Hause geschehen. Der Antrag wurde dann mit 46 gegen 16 Stimmen verworfen.

Der gemeinschaftliche Beschluß des Senats im Interesse der Fenier-Gefangenen wurde günstig einberichtet und angenommen; ditto der Senats-Beschluß über die „Eastern-Shore-Bahn."

Die Haus-Bill, den Ver. Staaten die Jurisdiktion über ein Gebiet in Prince George's County abzutreten und die Stadt Fort Washington zu bilden, wurde günstig einberichtet und angenommen.

Hr. Watkins von der Majorität des Comite's für Mittel und Wege berichtete heute Morgen über die Mittheilung des Controleurs Woolford, daß das Comite überzeugt sei, daß der Staat dem Controleur die verlangte Summe schulde, da er jedoch den Posten zurückgezogen zu sehen wünsche, so überlasse man es der nächsten Gesetzgebung, ihn zu bezahlen. Hr. Koons legte einen Minoritätsbericht vor. Der Bericht der Majorität wurde auf den Tisch gelegt.

Die Senatsbill, welche unter dem Namen

Spirituosen-Licenz-Bill

bekannt ist, wurde von dem Comite für Mittel und Wege einberichtet mit einer ganz neuen Bill als Amendement.

Hr. Koons sprach gegen das Amendement. Der Senat habe seine Bill nach sorgfältiger Berathung angenommen, das Haus solle deshalb nicht so unhöflich sein und dieselbe durch ein solches Amendement erdrücken lassen. Das Amendement werde den Wünschen der Temperenzleute nicht so vollkommen entsprechen, als die Bill. Die Temperenzler seien berechtigt, von diesem Körper einige Rücksicht zu verlangen, bis jetzt habe sich jedoch das Haus dagegen gesträubt, dieselben zu berücksichtigen. Der Redner besprach sodann die Bill und das Amendement und unterstützte Erstere mit Wärme.

Hr. Watkins sagte, er sei ein Anhänger der „Local-Option" und bedauere, daß das Haus die betreffende Bill verworfen habe. Er sei ein strenger Temperenzler und werde in dem Bestreben, das durch die Trunkenheit entstehende Uebel auszurotten, vor keiner Verantwortlichkeit zurückschrecken. Die Senatsbill sei unpraktisch und deßhalb habe das Comite sie amendirt; ein Gesetz, was von keinem Nutzen sei, solle lieber gar nicht angenommen werden.

Hr. Nikodemus sprach ebenfalls gegen das Amendement. Die Frage über Mäßigkeit sei bereits genug agitirt und eine große Anzahl Bürger hätten die Gesetzgebung darauf aufmerksam gemacht. Diese Stimmen sollten gehört werden. Die Senatsbill sei gerade Das, was man im Lager der Temperenzler wünsche und dieselbe solle angenommen werden.

Major Stewart sprach gegen die Bill; dieselbe werde in der Stadt Baltimore großen Schaden anrichten. Die Bill und das Amendement wurden sodann verlesen und auf morgen zurückgelegt.

Dr. Eisenbart gerettet.

Die Bill des Hrn. Koons, den medizinischen Pfuschern das Handwerk zu legen, wurde ungünstig einberichtet und der Bericht angenommen.

Die Haus-Bill, den Freibrief der „Baltimore-Potomac-Bahn" zu amendiren, wurde zum ersten Male verlesen. Dr. Henkle beanspruchte, daß die Verfügungen der Bill ungerecht seien, indem man die Comp. auf 10 Cents Zoll für den Tunnel beschränke, welcher $2,000,000 gekostet habe. Dieses allein solle genügen, um der Bill den Garaus zu machen.

Hr. Gill sagte, der Original-Freibrief habe einige Mängel, welche durch diese Bill beseitigt werden sollten. Hr. Keech war der Ansicht, daß die Bill angenommen werden solle.

Hr. Robey sagte, die Raten der „Baltimore-Potomac-Bahn" seien seines Wissens viel zu hoch und er hoffe, daß die Bill angenommen werde. Nach längerer Debatte wurde die Bill mit 59 gegen 6 Stimmen angenommen.

Die Bill, welche das Passiren von Lokomotiven, Waggons und Zügen über Verbindungsbahnen in Maryland vorschreibt, wurde gleichfalls angenommen.—Das Haus machte um ½3 Pause bis 4 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Die Verwilligungs-Bill für 1875

wurde so amendirt, daß sie mit der diesjährigen Verwilligung übereinstimmt, worauf sie zur dritten Lesung beordert wurde.

Mehrere andere Bills wurden zur Reinschrift überwiesen.

Gegen sechs Uhr fand ein Namensaufruf statt; es dauerte bis gegen 8 Uhr, bis wieder ein Quorum vorhanden war. In der

Abendsitzung

wurden sodann folgende Bills angenommen: Die Gewalten der Curatoren der Huntingdon-Chapel zu erweitern; den Commissären von Baltimore-County zu gestatten, gewissen Bahn-Gesellschaften das Wegerecht über das Gefängnißgrundstück zu gestatten; eine Volkszählung in Garrett-County vorzunehmen; Geld zur Vollendung des Todtenhofes auf Point-Lookout zu verwilligen; die Citizens' Gas-Comp. von Baltimore zu incorporiren; den Freibrief der „Baltimore-Drum-Point-Bahn-Comp." zu amendiren; die Gehalte der Commissäre von Baltimore Co. zu bestimmen; die Auktionatoren von Baltimore-County anzuhalten, Lizensen zu lösen; die Stadt zu ermächtigen, Grundstücke zu kaufen und zu pachten und Stationshäuser auf denselben zu errichten; die Wahlgesetze von Harford-Co. zu amendiren; die Kohlenbergwerke in Allegany- und Garrett-County zu reguliren; den Verkauf der Staatsheuwaage in Baltimore zu autorisiren; die Hökergeschäfte in Washing. Co. zu conzessioniren; die Stadt Baltimore zu ermächtigen, das Eigenthum der „Western-Maryland-Bahn-Comp." zu kaufen; die Stadt zu ermächtigen, Aktien der „Washington-Point-Lookout-Bahn" zu zeichnen; einen öffentlichen Notar für Garrett-County zu ernennen.

Annapolis, den 2. April.

Senat.

St. John's College.

Der Vorsitzende legte dem Senate Zuschriften von William Howard, Sekretär des Visitatoren-Collegiums, und dem Gouverneur des St. John's-College vor; dieselben erstreckten sich in Gemäßheit einer Weisung des Senats auf den Stand der Finanz-Angelegenheiten der Anstalt während der Amtsverwaltung des Pastors C. K. Nelson und wurden dem Finanz-Comite überwiesen. Darnach belief sich die Schuld bei Lieferanten von Vorräthen für die Anstalt während des Dr. Nelson'schen Regimes auf $7500, wofür eine Hypothek auf's Grundstück gegeben worden.

Vom Unterhause

langten dessen Bills in großer Anzahl, sowie mehrere von ihm passirte Senatsbills an; die Ersteren wurden zum ersten Male gelesen und den zuständigen Comite's zum Referate überwiesen. Unter den Letzteren befand sich die Bill über die Auktionatoren in Baltimore-County, der das Unterhaus ein Amendement angehängt hatte, welches die Conzessions-Gebühr auf $50 verringert; der Senat trat demselben bei und passirte seine amendirte Bill nochmals. Zu den vom Unterhause amendirten Senatsbills gehörte ferner die Bill, welche den Mayor und Stadtrath von Baltimore ermächtigt, den Bürgern der Stadt die Frage der Subscribirung von $250,000 für die „Washington City-Point Lookouter Eisen-Bahn" am Stimmkasten vorzulegen. Das Unterhaus hat ihr das Amendement beigefügt, daß die Baltimorer Bürgerschaft zu gleicher Zeit über eine ebenso hohe Subscription für die „Südliche Maryländer Eisen-Bahn" abstimmen soll. Der Senat nahm das Amendement in den Kauf und die so amendirte Bill nochmals an.

Die Revenüe-Bill des Unterhauses angenommen.

Sie stand zunächst auf der besonderen Tagesordnung und ging mit 18 gegen 5 Stimmen durch. Mit „Ja" stimmten die HH. Carroll, Aydelotte, Blake, Brewer, Billingsley, Crawford, Davis, Denson, Fields, Getty, Knight, Mudd, Phelps, Stevens, Spencer, Suit und Tuck; mit „Nein" die HH. Claggett, Earle, Lloyd, McCulloh und Steiner.

Zweite Lesung von Hausbills.

Hypothekarische Verkäufe betreffend (mit Amendements); die „Maryländer Canal-Compagnie" zu incorporiren; ditto den Ort Vienna; für Reinigung und Durchlüftung des Kapitols $16,000 zu bewilligen.

Die Erweiterung des Baltimorer Weichbildes.

Man nahm nun die Unterhausbill zur Erweiterung des Weichbildes der Stadt Baltimore wieder vor.

Hr. Davis stellte das Amendement, daß ein von den Commissären von Baltimore-County und zwei vom Mayor und Stadtrathe von Baltimore ernannte Commissäre die genauen Grenzen des zu annektirenden Gebietes vermessen und abstecken; der Senat nahm den Zusatz an.

Hr. Stevens' Antrag, diese Abstimmung wieder in Erwägung zu ziehen, fand Annahme. Der Antragsteller bemerkte, der alleinige Zweck und die Wirkung des Amendements würden in der Vereitelung der ganzen Maßregel bestehen; die Vermessung und Absteckung wären vor dem zur Wahl festgesetzten Tage unmöglich.

Hr. Davis entgegnete, Baltimore-County sollte, wenn diese Grenzen abgesteckt werden, dabei vertreten sein. Wie die Bill jetzt laute, sei für Vertretung des Countys keine Vorkehr getroffen; wie sollte das County dann amtlich erfahren, wo seine Grenze sich befindet? wie seine Bewohner es wissen, wo sie das Stadtgebiet betreten?

Das Amendement ging durch.

D'rauf beantragte Hr. Stevens als weiteres Amendement, daß eine Mehrheit der drei Commissäre nach Benachrichtigung aller die Vermessung und Absteckung vornehme. Dies ward angenommen; desgleichen das weitere Davis'sche Amendement, daß die drei Commissäre $5 Diäten jeder bekommen, und die Stadt die Vermessungs-Kosten tragen soll.

Hr. Davis unterbreitete einen neuen Abschnitt, daß die in der jetzigen Sitzung der Gesetzgebung erlassenen Gesetze:

zur Fundirung der schwebenden Schuld von Baltimore-County im Betrage von höchstens $2,000,000;

zum Ausgeben von weiteren Obligationen in Höhe von $1,500,000 für die Correktion von Jones' Fällen;

zum Ausgeben von Obligationen in Höhe von höchstens $4,000,000 für eine permanente Wasserleitung aus dem Gunpowder nach der Stadt —

der Bürgerschaft Baltimore's erst nach Entscheidung der Annektir-Frage am Stimmkasten unterbreitet werden; spricht man sich zu Gunsten der Annektirung aus, dann sollen obige drei Gesetze den in dem annektirten Reviere wohnenden Stimmgebern zu gleicher Zeit mit den jetzigen Wählern der Stadt zur Entscheidung vorgelegt werden.

Dieses Amendement fiel durch.

Diese Bestimmung des 8. Abschnittes, „daß das annektirte Gebiet bis zur nächsten Sitzung der Gesetzgebung demselben Congreßbezirke oder -bezirken angehören soll, als jetzt," wurde durch Streichung der Worte: „bis zur nächsten Sitzung der Gesetzgebung" amendirt, weil nur durch Congreß-Erlaß eine Umänderung von Congreßbezirken möglich ist.

Hr. Davis, der noch immer nicht zur Ruhe gekommen, wollte den 6. Abschnitt mit der ganzen Bestimmung über die Grundeigenthums-Abschätzung für städtische Besteuerung gestrichen wissen und ritt für sein desfallsiges Amendement eine ganze Stunde in's Treffen; die von der Bill vorgesehene Besteuerung sei verfassungswidrig und nicht gleichförmig. Der Redner führte als Stützen seiner Behauptung eine Anzahl Gewährsmänner an. Trotz der gewaltigen Anstrengungen des Hrn. Davis, sein Kind über Wasser zu halten, ließ der Senat mit 2 (HH. Davis und Billingsley) gegen 17 Stimmen das Amendement sinken.

Ohne dadurch entmuthigt zu werden, rückte Hr. Davis sogleich mit einem anderen Amendement heraus, einem neuen Abschnitte, der Jeden, welcher bei der von der Bill angeordneten Wahl einen Stimmgeber besticht oder zu bestechen versucht, mit Geld- und Gefängnißstrafe belegt.

Hr. Stevens warf ganz richtig ein, daß für Bestrafung gesetzwidrigen Stimmens bereits im allgemeinen Wahlgesetze gesorgt sei, was dieses Amendement ganz überflüssig mache.

Hr. Davis erhob sich zu längerer Entgegnung; nehme man das Amendement nicht an, so werde es an dem Wahltage Blutvergießen geben; der neue Abschnitt schütze gegen Betrug; falle er durch, so möge man ihn für die Folgen an Wahltage nicht verantwortlich machen.

Während Hr. Davis noch im besten Redeflusse war, verstand sich Hr. Stevens zur Acceptirung des Amendements, das der Senat dann ebenfalls annahm.

Hr. Davis verlangte Streichung des 7. Abschnittes über die „Magistrats-Personen" dem Anschluß Gebiete; die Verfassung kenne keinen Beamten unter diesem Namen.

Der Abschnitt wurde demgemäß gestrichen, und an seine Stelle trat ein Amendement, das den Gouverneur ermächtigt, mit Zurathziehung und Einwilligung des Senates einen Friedensrichter für jede durch diese Bill errichtete Ward zu ernennen.

Nunmehr spielte der unermüdliche Hr. Davis seinen Haupttrumpf gegen die von ihm mit tödtlichem Hasse verfolgte Bill aus und trug auf Streichung der Erlassungs-Klausel, d. h. indirekt auf Verwerfung der Bill an und sprach bis nach 3 Uhr für seinen Antrag, welchen er, sich eines Besseren besinnend, schließlich wieder zurückzog, um als Amendement eine ganz neue Bill, welche ganz Baltimore-County der Stadt einverleibt haben will, zu unterbreiten und darüber eine längere Harangue loszulassen. Es war inzwischen 35 Minuten nach 3 Uhr geworden; im Saale langweilten sich nur noch sieben Senatoren und der Vorsitzende, indeß die Sitze hinter den Senatorensesseln sich zum ersten Male während der ganzen Sitzung total geleert hatten.

Als er sah, was er angestiftet hatte, erklärte Hr. Davis 20 Minuten vor 4 Uhr, er könne unmöglich zu leeren Bänken sprechen, und beantragte namentliche Aufrufung der Senatoren. Dem Antrage ward Folge geleistet; zehn Aufgerufene antworteten, worauf der Quästor die Abwesenden zusammentrommeln mußte.

In seiner Abwesenheit sah sich Hr. Brewer zu der impertinenten Frage veranlaßt, wie lange man hier noch aufgehalten werden solle? Dabei rief er: „Wenn Das nicht Parteigängerei ist, möchte ich wissen, was es sonst ist!"

Der Präsident erklärte, man könne nur die Rückkehr des nach den Abwesenden ausgesandten Quästors erwarten.

Hr. Brewer: „Während wir hier sind, befindet sich Hr. Davis d'raußen und nimmt sein Mittagsmahl zu sich."

Mit des Quästors Rückkunft stellte sich auch eine beschlußfähige Mitglieder-Anzahl ein.

Hr. Davis fuhr dann in seiner Rede fort. Es wurde 4 Uhr, und er sah sich genöthigt, noch einmal den Namensaufruf zu verlangen, und hielt zu sprechen inne. 20 Minuten nach 4 Uhr ward der Namensaufruf suspendirt; Hr. Davis hob seine Rede wieder an, indeß die meisten Senatoren im Vorzimmer umhersaßen, sich bei einer duftenden Havanna unterhielten, aber immer bei'm nächsten Namensaufruf im Saale zu erscheinen auf dem Sprunge waren.

Mittlerweile verweilte Hr. Davis bei Reminiscenzen und persönlichen Erlebnissen im Orte Davisville und unterhielt das Restchen von Zuhörern eine halbe Stunde lang mit interessanten Begebnissen Betreffs dieses reizenden Dorfes. 17 Minuten vor 5 Uhr lauschten nur noch 6 Senatoren dem Honigseime seiner Beredtsamkeit.

Hr. Stevens drang jetzt auf Namensaufruf, in Folge dessen die weiteren Verhandlungen sogleich ruhten, und Hr. Davis bis 25 Minuten nach 5 Uhr zu sprechen fortfuhr.

Die Abstimmung über sein neuestes Amendement, eine neue Bill, ergab 1 Stimme (Hr. Davis) dafür, 21 dagegen.

Wiederum ließ Hr. Davis ein Amendement vom Stapel, das den 9. Abschnitt bilden sollte und wornach die Gesetze Maryland's über Bestechung auf die von der Bill angeordneten Wahl Anwendung finden sollen. Es ward ebenfalls niedergestimmt.

Hr. Tuck, dem gleich seinen Collegen der Geduldsfaden gerissen war, wandte sich mit dem Ersuchen, den Senat der Nothwendigkeit, extreme Maßregeln zu ergreifen, um eine Abstimmung zu forciren, zu entheben, an Hrn. Davis, der sich doch jetzt von der Stimmung des Senats überzeugt haben müsse.

Hr. Williams beantragte, daß ½6 Uhr die Bill zur Abstimmung gelange.

Der Präsident erklärte den Antrag für außer Ordnung und kündigte an, nur die Frage über die Abstimmung über die Bill könne gestellt werden.

Ohne sich irre machen zu lassen, ergriff Hr. Davis auf's Neue das Wort; das Wesen und die Bedeutung der Bill habe er noch gar nicht berührt, sondern nur die einschlagenden Rechts- und Verfassungspunkte theilweise erörtert.

Nachdem Hr. Davis fast ununterbrochen von ½1 Uhr an seiner Rede freien Lauf gegönnt, trat er an Abends ½7 Uhr dem Vertagungs-Antrage zurück und der Senat vertagte sich endlich mit leichtem Herzen bis 8 Uhr.

Ein Amendements-Fabrikant.

Während des ganzen fünfstündigen Vortrages des Hrn. Davis saß Hr. Georg H. Carman dicht hinter ihm, mit der Emsigkeit einer Biene Amendements zurechtstutzend, um sobald eines todt gemacht worden, ein neues wieder durch Hrn. Davis offeriren zu lassen.

Abendsitzung.

Um 8 Uhr Abends trat der Senat mit 18 Mitgliedern wieder zusammen.

Annahme der Bill zur Erweiterung des Baltimorer Stadtgebietes mit 21 gegen 1 Stimme.

(Hr. Davis).

Ueber die zuerst vorzunehmenden Geschäfte setzte es erhebliche Plänkeleien.

Hr. Stevens unterbreitete eine Ordre, daß die Abstimmung über die endgültige Annahme der Bill für Erweiterung des Baltimorer Stadtweichbildes um 9 Uhr vorgenommen werde.

Hr. Davis sagte, als der Senat sich vertagte, habe er (D.) das Wort gehabt und sei nur dem Vertagungs-Antrage gewichen; folglich stehe ihm jetzt noch das Wort zu.

So verstand aber der Vorsitzende die Sache nicht; der Vertagungs-Antrag sei nach Suspendirung eines Namensaufrufes des Senats gestellt worden.

Hr. Tuck erklärte, nach einer Senats-Ordre sei das gestern Abend unerledigt gebliebene Geschäft heute Abend zuerst an der Reihe. Der Präsident stimmte Dem bei; sonach waren die Bills zur dritten Lesung vorzunehmen.

Hr. Williams beantragte Aufschub der regelmäßigen Geschäftsordnung bis ½10 Uhr.

Hr. Davis protestirte dagegen, wie gegen Alles, was wie eine Drohung, die Debatte zu knebeln, aussehe.

Der Williams'sche Antrag drang durch.

Doch nahm man nach mehreren Reden und Gegenreden die Bill zur Erweiterung des Weichbildes von Baltimore vor.

Hr. Davis ging in's Einzelne ein, um zu zeigen, das Stadtgebiet bedürfe keiner Vergrößerung; es umfasse bei noch nicht 300,000 Seelen 12 Quadratmeilen, während London mit 3 Millionen nur etwa 30 Quadratmeilen groß sei.

½10 Uhr war Hrn. Davis' Redelust gestillt und die Bill passirte mit 21 gegen 1 (seine eigene) Stimme.

Den ganzen Abend hindurch waren die Lobbies und Gallerie dicht gefüllt; auch mehrere Damen waren anwesend.

Unterhaus.

Die Hausbill, welche den Verkauf eines Theiles von dem Grundstücke der Staats-Viehwaage erlaubt, wurde angenommen. Später wurde ein Versuch gemacht, eine Wiederberathung der Bill durchzusetzen. Die Gegner der Bill (die HH. McColgan, Joyce, McCosker und Henkle) machten geltend, daß das betreffende Grundstück zum Tränken des Viehes unbedingt nöthig sei; daß dagegen der Verkauf dem Staate wenig oder gar Nichts einbringe. Hr. Turner und Hr. Fenton, welche die Bill einbrachten, sagten, daß das Eigenthum von keinem Werthe für den Staat sei, aber durch Privatpersonen nützlich verwendet werden könne. Das Vieh könne nie dort getränkt werden, weil das Wasser zu schmutzig sei. Der Antrag wurde verworfen.

Die allgemeine Verwilligungsbill für die Staatsausgaben des Jahres 1875 wurde sodann aufgenommen und passirte mit 65 gegen 2 Stimmen.

Hr. Merryman vom Ackerbau-Comite berichtete günstig über die Senatsbill, alle Hunde im Staate zu besteuern.

Die Senats-Bill, der physikalischen Fakultät der Universität von Maryland eine Geldsumme zu verwilligen, um dieselbe in den Stand zu setzen, ein Hospital zu errichten; ferner die Bill, dem „College of Physicians und Surgeons" eine Verwilligung zu machen, und die Bill, dem israelitischen Hospitale in Baltimore einen Zuschuß zu verwilligen, wurden ungünstig von dem Comite für Mittel und Wege einberichtet und die Bills wurden dem Berichte untergeschoben. (Dieselben haben demnach Aussicht auf Annahme.)

Das Wörtchen „weiß" in der Staats-Verfassung.

Hr. Koons verlangte eine Suspension der Regeln, um folgenden gemeinschaftlichen Beschluß zu beantragen:

„Indem durch die Constitution der Ver. Staaten, welche als das Fundamental-Gesetz des Landes angesehen wird und deshalb auch das höchste Gesetz dieses Staates ist, ungeachtet etwaiger widerstreitender Verfügungen unserer Staatsverfassung, das Stimmrecht den Farbigen übertragen worden ist, deshalb sei beschlossen, daß die Beibehaltung des Wörtchens „weiß" in der Verfassung dieses Staates tadelnswerth ist und gegen die Constitution des Landes und den Geist des Jahrhunderts verstößt."

Dieser Antrag führte zu einer hitzigen Debatte; Antrag folgte auf Antrag. Der Sprecher entschied, daß der Beschluß dem Hause vorliege und die Frage sei, ob derselbe an das Comite über die Negerbevölkerung verwiesen werden solle.

Hr. Koons appellirte dagegen und der Beschluß ging schließlich vor das Justiz-Comite.

„Local Option"-Maßregel

abstimmen zu lassen, wurde ungünstig berichtet, und der Bericht wurde angenommen.

Die Hausbill, den Charfreitag zu einem gesetzlichen Feiertage zu machen, wurde angenommen.

Ferner die Hausbill im Betreff von Beschlagnahme der Löhne von Nichteinwohnern. Ferner die Bill, die „Baltimore-Towsontown-Dulany-Valley-Bahn" zu incorporiren. Die Hausbill, welche den Polizei-Commissären von Baltimore gestattet, einen Schreiber für das Marschalls Büreau zu ernennen, wurde angenommen.

Abendsitzung.

Die Hausbill, welche eine Abschätzung in Baltimore gestattet, wenn immer der Mayor und Stadtrath es für geboten erachtet, wurde vom Senate zurückgeschickt, aber die amendirte Bill verworfen. Das Votum wurde wieder in Berathung gezogen.

Folgende Hausbills wurden angenommen: die Stadt Baltimore zu ermächtigen, Aktien der „Baltimore-Drum Pointer Bahn" zu zeichnen.

Folgende Senatsbills wurden angenommen: den Freibrief der „Sparbank von Annapolis" zu amendiren.

Der ungünstige Bericht über die Hausbill, den Quacksalbern das Handwerk zu legen, welcher gestern angenommen wurde, ward wieder berathen und die Bill wurde dem Berichte substituirt.

Beamten-Ernennungen des Gouverneurs

vom Senate bestätigt.

Gestern Abend bestätigte der Senat der Gesetzgebung in geheimer Sitzung folgende ihm vom Gouverneur übersandte Ernennungen:

für des Gouverneurs Stab.

Andrew G. Chapman von Charles County General-Inspektor; Ferdinand C. Latrobe General-Auditeur; Andrew J. Pennington General-Quartiermeister; Gilmor Meredith General-Commissär; Wm. H. Grimes von Washington-County General-Stabsarzt; Georg S. Brown aus Baltimore General-Zahlmeister; Edmund L. F. Hardcastle aus Talbot-County Genie-Chef; Thomas W. Campbell von Baltimore Chef des Geschützwesens; John F. Lee aus Prince George's County Cavallerie-Chef; James Howard Artillerie-Chef.

Ueber den zum Stabschef des General-Adjutanten Ernannten wurde keine Verfügung getroffen.

Staats-Sanitäts-Commission.

Die Doktoren Nathan R. Smith, Charles W. Chancellor und Ed. Lloyd Howard von Baltimore, Henry H. Mitchell von Cecil- und J. Robert Ward von Baltimore-County.

Fischerei-Commission.

J. B. Ferguson von Baltimore und Philipp W. Downs von Caroline-County.

Commissioners of Deeds für Maryland

Thomas H. Hunt von Chicago und J. M. Williamson von Philadelphia mit dem Wohnorte in genannten Städten.

Mehrere Friedensrichter wurden zuletzt bestätigt.

Der neue General-Adjutant.

(Spezialdepesche des „Deutschen Correspondenten.")

Annapolis, 1. April. — Gouverneur Groome hat heute Frank Bond aus Anne Arundel-County zum General-Adjutanten der Miliz ernannt.

Stadt Baltimore.

Ein sehenswerthes Verkaufslokal an der West-Baltimorestraße.

Herr Hugh Sisson, der Eigenthümer der Dampf-Marmorwerke an der Ecke der North- und Monumentstraße, hat das Rinehart'sche Gebäude Nr. 140, West-Baltimorestraße, gemiethet und dasselbe zu einem Verkaufslokale eingerichtet, wie es, eleganter und prächtiger ausgestattet, kaum in Baltimore gefunden werden kann. Wenn man von der Straße in dasselbe eintritt, so befindet man sich in einem verhältnißmäßig schmalen Raume, an dessen Seiten Kaminsimse, Platten für Möbel, Pfeiler für Begräbnißplätze ꝛc., sämmtlich aus Marmor ausgeführt, in bunter Auswahl aufgestellt sind. In der Mitte erblickt man kostbare Statuen, die in wahrhaft künstlerischer Weise geschaffen, einen wohlthuenden Eindruck auf den Besucher machen. Wenn man den betreffenden Raum durchschritten, gelangt man in einen quadratförmigen Saal, welcher an eine Kunst-Gallerie erinnert. Herrliche Monumente und Grabdenksteine stehen rings an den Wänden, und die dunkelrothe Farbe der Letzteren contrastirt äußerst vortheilhaft mit dem blendend weißen Marmor. Vier lebensgroße weibliche Statuen verleihen dem Saale einen besonderen Reiz. Die Ausführung der Gesichter, der emporgestreckten Hände, der Faltenwurf der Gewänder — alles Dies ist so meisterhaft, daß man nicht lange darüber in Zweifel bleibt, daß in den Werkstätten des Hrn. Sisson nicht nur geschickte Arbeiter, sondern auch Künstler zu finden sind. Rund um den Saal läuft eine kleine reichverzierte Gallerie, von welcher man die im Saale aufgestellten Statuen und Monumente in einem günstigeren Lichte sieht, als vom Verkaufslokale aus. Das zweite Stockwerk ist mit Kaminsimsen gefüllt. Die Letzteren sind aus den verschiedenartigsten Marmorarten angefertigt, und es ist höchst interessant, diese Arten in Augenschein zu nehmen und Vergleiche zwischen denselben anzustellen. Neben dem schillernden weißen Marmor von Carrara erblickt man die schwarzen Marmor-Arten, die Hr. Sisson aus Deutschland und Egypten importirt. Auch der französische und belgische Marmor ist ausgestellt, aber in reichster Auswahl sind die amerikanischen Arten vertreten. Der Marmor, welchen Carroll-County in großen Quantitäten liefert, steht an Güte nicht hinter dem zurück, welcher in den Marmorbrüchen von Tennessee gefunden wird, und auch mit allen übrigen Marmor-Arten vermag der Maryländer kühn einen Vergleich auszuhalten. Hr. Hugh Sisson ist unstreitig der beste Marmorkenner Baltimore's. Fast ganz Europa hat er durchreist, um die Marmorbrüche jenes Erdtheils kennen zu lernen, und die Brüche bei Carrara sind ihm gerade so gut bekannt, wie die Brüche unseres eigenen Staates. Daß er gegenwärtig ganze Schiffsladungen der edlen Steinart, welche er in seinen Werkstätten verarbeitet, von Europa importirt, haben unsere Leser bereits wiederholt aus den Lokalspalten dieses Blattes ersehen.

Heute ist Charfreitag, der Erinnerungstag der Kreuzigung des Weltheilandes. Die ganze Christenheit, protestantisch, wie katholisch, wie sehr auch die Ansichten in Glaubenssachen sonst auseinander gehen, stimmt in der ernsten Feier, welche den Todestag des Erlösers in Erinnerung bringt, überein, weshalb auch in allen christlichen Ländern derselbe als gebotener Festtag betrachtet wird. Die Einführung des Charfreitags ist weit älter, als die des Gründonnerstags, und stammt schon aus dem ersten Jahrhunderte, und obgleich die Reformation 1400 Jahre später viele Festtage modifizirte, so blieb doch der Rang dieses Tages im Kirchenkalender unverändert. In der katholischen Kirche wird heute keine Messe gelesen, keine Musik, kein Glockenklang ertönen; die Altäre sind schwarz drapirt, und der Andächtige betritt nur den Tempel, um ein stilles Gebet zu verrichten. Abends wird in allen Kirchen das Klagelied Jeremiä (Tenebrae), wie am Gründonnerstage gesungen, und es trägt eine jede Andachtsübung einen ernsten Charakter. Gestern Nachmittag bis in den Abend hinein waren viele Kirchen zahlreich besucht.

Der Dampfer „Edgar Stewart," welcher vor einigen Wochen von dem Generalanwalte der Ver. Staaten mit Beschlag belegt wurde, wird bis zum Juni-Termine des Bundesbezirks-Gerichts unter Aufsicht des Bundesmarschalls Goldsborough verbleiben. Die Anklage, welche vorliegt, ist die, daß der Dampfer die Navigations-Gesetze der Ver. Staaten übertreten hat. Falls die Anklage aufrecht gehalten und richtig befunden werden sollte, wird der Dampfer von der Bundesregierung confiszirt werden. Man glaubt jedoch allgemein, daß Hr. Butcher, welcher sich für den rechtmäßigen Eigenthümer des Dampfers ausgibt, im Stande sein wird, die von dem spanischen Gesandten Admiral Polo erhobene Anklage zu widerlegen.

Rasche Fahrt eines deutschen Segelschiffes. — Laut Kabelnachricht erreichte am Mittwoch der von hier abgesegelte deutsche Dreimaster „Sirius," Capt. Möller, nach einer nur 20-tägigen Fahrt Bremen.

Patente erhielten am Dienstage folgende Personen vom Patentamte in Washington ausgestellt: James H. Oliver in Baltimore auf einen hölzernen Schuhnagel; Robert Tyson in Baltimore auf eine Vorrichtung zum Heben und Niederlassen von Propellern; John W. Down in Baltimore auf eine stellbare Dreifuß-Unterlage; Wm. J. Cochran in Baltimore auf ein Waggonrad; Marie Schrote, Verwalterin des J. H. Schrote'schen Nachlasses in Baltimore, auf eine Maschine zum Teigkneten; Rudolph Heinz in Washington, D. C., auf eine Sägefeilmaschine.

Eine Convention der Ackerbauer unseres Staates wird am 9. April in Baltimore stattfinden. Fast jeder landwirthschaftliche Verein wird durch Delegaten in der Convention vertreten sein. Die „Staats-Ackerbau-Gesellschaft," welche die Angelegenheit in's Leben gerufen, hat noch nicht bestimmt, wo die Convention abgehalten werden soll. Wahrscheinlich wird man die „Concordia" oder „Ford's Opernhaus" wählen.

Das „Baltimorer Collegium zur Untersuchung invalider Bundessoldaten" erwählte vorgestern Dr. A. W. Dodge zum Präsidenten und Dr. W. H. Curry zum Sekretär.

Der „Strike" in Woodberry. — Am Mittwoch Abend hatten sich in Benson's Halle in Woodberry über 200 Arbeiter versammelt, um die Situation zu erwägen und auf Samstag Abend eine Versammlung anzusagen, in welcher man sich über Mittel berathen wird, wie die Arbeitslosen zu unterstützen seien. Es wurde ein Fünfer-Comite ernannt, welches sich mit anderen Fabriken in Verbindung setzen und versuchen soll, Beschäftigung für Diejenigen zu finden, welche in den „Druid-Spinnereien" arbeiteten. Die jetzt geschlossenen Fabriken beschäftigten im Ganzen 425 Arbeiter, davon waren 350 Mädchen, 50 Knaben und 25 Männer. Die Zahl der noch nicht 16 Jahre alten Knaben und Mädchen belief sich auf 135. Bis vorgestern Abend waren von keiner Seite Vorschläge zur Beilegung der Differenzen gemacht worden.

Der Eisenbahnkrieg. — Dem Vernehmen nach soll der Eisenbahnkrieg, welcher während der letzten drei Monate zwischen der „Baltimore-Ohio-" und der „Pennsylvanier Centralbahn" geführt wurde, ein Ende erreicht haben. Der Krieg entstand bekanntlich infolge der Weigerung der „Pennsylvanier Central-Bahn-Compagnie" die Waggons der „Baltimore-Ohio-Bahn" über die New-Jersey-Abtheilung der Pennsylvanier Bahn von Philadelphia nach New-York zu befördern. Die Angelegenheit soll jetzt geschlichtet sein und in wenigen Tagen werden die Durchzüge der „Baltimore-Ohio Bahn" wieder über das Geleise der Pennsylvanier Bahn laufen. Spekulanten in Philadelphia und Baltimore sollen bereits Fahrbillete von Baltimore nach dem Norden, die gegenwärtig noch zu niedrigen Preisen verkauft werden, in großer Menge an sich gebracht haben, um dieselben, da die Preise in nächster Zeit voraussichtlich steigen werden, mit Gewinn zu veräußern.

Noch 80 Zeugen! — Gestern florirten immer noch im Bundesbezirks-Gerichte die Prozesse gegen Thomas Williams, Peter Scheminant und James Ellison, Wahlrichter, und Thomas C. Boone, Stimmregistrator für den dritten Wahlbezirk von Anne Arundel-County, unter den Anklagen, bei der letzten Staatswahl im Herbste mehr, denn 150 schwarze Bürger ihrer Stimmen beraubt, deren Wahlzettel versteckt und dafür über 150 andere in den Stimmkasten gesteckt zu haben. Die Zahl der gestern sich auf dem Zeugenstande produzirenden Schwarzen war 34, sodaß die Gesammtzahl der bis jetzt Verhörten 221 beträgt, aus deren Aussagen sich ergibt, daß 218 in genanntem Wahlbezirke den radikalen Zettel abgegeben haben wollen. Es sind noch 80 Zeugen vorgeladen; die Prozesse wurden, weil Richter Giles in Abwesenheit des Richters Bond, der im Süden einen Gerichts-Termin abhält, inzwischen die Verhandlungen des Bundeskreis-Gerichtes leiten muß, bis Montag, den 4. Mai, verschoben.

Tödtliche Ansteckung eines Deutschen durch ein Pferd. — Christoph Huber, ein 43-jähriger Deutscher, welcher in den Ställen der „Hall-Springser Pferdebahn-Compagnie" als Stallknecht angestellt war, wurde von einem Pferde, das mit der Druse (glanders) behaftet war, vor 14 Tagen angesteckt und starb am Mittwoch Abend in seiner Wohnung, Nr. 515, Harford-Avenue. Er hinterläßt eine Frau und vier Kinder. Der Stallkutscher Washington Boslay liegt ebenfalls erkrankt darnieder. Augenblicklich sind in den Ställen der genannten Compagnie sechs Pferde mit der Krankheit behaftet.

Berichte aus dem Innern des Staates.

— (Brand.) Am Montag Nachmittag wurde das Wohnhaus und zwei Scheunen auf der Farm der Frau Anna Guisbert in Frederick-County durch Feuer zerstört. Man vermuthet, daß in diesem Falle eine Brandstiftung zu Grunde liegt.

— (Massenversammlung in Hagerstown.) Die Demokraten in Hagerstown, Washington-County, hielten am Montage eine Massenversammlung ab und nominirten Dr. C. E. S. McKee als Candidat für das Mayors-Amt.

— (Feuer in Garrett County.) Am Dienstage voriger Woche gerieth die Telegraphen-Office in Altamont, Garrett-County, in Brand und wurde von den Flammen total eingeäschert. Ein mit Holz und Kohlen gefüllter, an die Office stoßender Schuppen brannte gleichfalls ab.

— (Erhöhung der Löhne.) Die „Baltimore-Ohio-Bahn-Compagnie" hat angekündigt, daß sie nach dem 1. April die Löhne sämmtlicher Arbeiter, welche sie in ihren Walzwerken zu Cumberland, Allegany-County, beschäftigt, um 10 Prozent, resp. wieder auf den alten Satz, erhöhen wird.

— (Starb im Gefängnisse.) J. W. Webster von Deal's Island, Somerset-County, wurde kürzlich verhaftet, weil er das Spirituosen-Gesetz in Tangier's Distrikt übertreten. Er wurde um $20 und Kosten gestraft und auf fünf Tage in's Gefängniß gesteckt, wo er am dritten Tage plötzlich starb.

— In Harford-County hat sich ein neuer Farmer-Club gegründet. Die Beamten desselben sind: C. W. Haviland, Präsident; J. Parry, Vicepräsident; H. Janney, Sekretär; A. D. Wilson, Schatzmeister.

— (Verurtheilt.) John Long wurde vor einigen Tagen im Washington-County-Gerichte wegen Pferdediebstahls zu neun Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt.

— (Ableben eines alten Deutschen.) Hr. Christian Ramsburg, ein alter deutscher Bürger, starb am letzten Sonntage im 90. Lebensjahre zu Middletown, Frederick-County.

— (Entsprungen.) Ein Neger, welcher unter der Anklage des Diebstahls im Gefängnisse zu Ellton saß, entsprang kürzlich, als der Scheriff gerade im Begriffe stand, ihn nach dem Gerichte zu bringen. Bis jetzt ist der Flüchtling noch nicht wieder festgenommen worden.